

Im Vergleich zum Vorjahr ist es uns gelungen, die Jugendarbeitslosigkeit um 5 % und die Frauenarbeitslosigkeit um 7,6 % zu senken. Das gebe ich Ihnen noch einmal mit auf den Weg.

(Beifall des Abgeordneten Schulze [SPD])

Das Problem der Arbeitslosigkeit muss wesentlich vehementer angegangen werden, als es in den letzten 15 Jahren der Fall war. Das haben wir erkannt; genau darum wollen wir über neue Strukturen und eine neue Förderpolitik in diesem Lande reden.

Dazu kommt der dritte Punkt, den man ebenfalls nicht außer Acht lassen darf: In den nächsten Jahren wird weniger Geld zur Verfügung stehen. Wir haben momentan noch ein Budget von etwa 10 Milliarden Euro. Im Jahr 2019 wird es ein Viertel weniger sein; wir werden mit 7,5 Milliarden Euro auskommen müssen, und dies auch vor dem Hintergrund einer riesengroßen Verschuldung des Landes. Daher sollten wir durchaus den Mut zur Wahrheit und zur Diskussion haben. Wir haben ihn an den Tag gelegt. Das Problem ist in der Tat, dass wir die Chancen der Regionen erkennen, aber auch die Schwierigkeiten in den Regionen sehen müssen.

Es ist doch gut, dass sich die Regionen jetzt aufmachen, über eigene Ideen und eigene Konzepte nachdenken und sie umsetzen. Zeichen dafür gibt es. Nehmen wir als Beispiel einmal Lauchhammer mit seiner Kinderklinik, wo man - gerade, weil wir weniger Kinder haben - ernsthaft darüber nachdenkt, eine intensivere Betreuung der dort geborenen Kinder zu gewährleisten. Ich nenne den Bürgerbus in Gransee. Dort hat man sich gefragt, wie es auf lange Sicht gelingen kann, auch in sehr strukturschwachen Regionen mit viel ehrenamtlichem Engagement eine solche Busbewegung aufrechtzuerhalten.

Was die emotionale Seite dieser ganzen Diskussion angeht, so kann ich mich gut an meine Reisen durchs Land im vergangenen Jahr und auch noch im Frühjahr dieses Jahres entsinnen. Die Wirtschaftsförderer und die Unternehmer beklagten überall, es sei gar nichts passiert, alles sei schlecht und man könne überhaupt nicht erkennen, wo sich etwas Positives entwickle.

Der Argumentation „Stärken stärken“ konnte man nicht so folgen. Mittlerweile aber sagen die Leute, sie hätten das und das schon erreicht und wollten dort und dort weiter gestützt und gefördert werden. Da hat tatsächlich ein Umdenken eingesetzt; man hat darüber nachgedacht, was man aus der Region machen könnte. Auch dies ist ein positiver Ausfluss dieser Debatte.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Zum Stichwort gleichwertige Lebensverhältnisse: Ich komme vom Land; ich gebe es ehrlich zu. Inzwischen kann ich Rolltreppe fahren und weiß auch, wie man an einer Ampel die Straße überquert. Da ich vom Land komme, weiß ich, dass die Menschen im Lande weiter sind als so mancher Politiker, erst recht als Politiker von der PDS.

(Bischoff [SPD]: Die Linkspartei!)

- Oder wie sie auch immer heißen mag. - Wir wissen, dass die Menschen auf dem Land längere Wege zum Kulturangebot haben als Menschen in der Stadt. Wir wissen, dass der Weg zum Arzt länger ist und dass das Krankenhaus nicht gleich um die Ecke liegt. Wir wissen auch, dass man ein bisschen weiter fah-

ren muss, um das Kind in die Kita zu bringen. Das ist uns allen klar. Wir wissen auch, dass die Wege angesichts der demografischen Entwicklung in diesem Lande noch länger werden. Aber wir als Koalition werden sicherstellen - dies haben wir den Menschen in diesem Lande versprochen -, dass eine soziale Infrastruktur aufrechterhalten bleibt, dass ein Arzt in der Nähe ist, dass das Krankenhaus dort bleibt und dass auch die Einrichtungen, die man zur Deckung des täglichen Bedarfs braucht, bleiben, wo sie sind. Natürlich werden auch Schulstandorte gesichert, das ist keine Frage. Die Wege werden aber weiter werden. Etwas anderes zu behaupten ist illusorisch und scheint lediglich der Versuch zu sein, die Menschen für dumm zu verkaufen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Diskussion, die momentan geführt wird, ist ehrlich und aufrichtig, auch wenn sie jetzt wegen des Wahlkampfes ein bisschen ins Hintertreffen geraten ist. Ich freue mich darauf, dass wir nach dem 18. September wieder durchs Land fahren, mit den Menschen - den Bürgermeistern, den Gemeindevertretern, den Vereinsvorsitzenden, Sportchefs usw. - reden und uns ihre Ideen anhören werden, wie sie das Land voranbringen wollen und wie wir als Koalition dabei helfen können. - Schönens Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Ich danke dem Abgeordneten Baaske und gebe der CDU-Fraktion das Wort. - Frau Abgeordnete Richstein, bitte.

Frau Richstein (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Enkelmann, mir scheint, Sie haben zwischen der Beantragung der Aktuellen Stunde und der heutigen Debatte ein bisschen den Mut verloren. Sie sind schon mehrfach auf den Unterschied zwischen dem, was in Ihrem Antragstext steht, und dem, was Sie heute ausgeführt haben, angesprochen worden. Das Thema der Aktuellen Stunde ist sicherlich mit Bedacht gewählt: Es geht Ihnen um die öffentliche Wirkung; Sie sind nicht um Lösungen bemüht, sondern wollen nur ein Podium für Populismus, Spaltung und Desinformation schaffen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Die dieser Aktuellen Stunde zugrunde liegenden Rahmenbedingungen sind bekannt und teilweise auch schon genannt worden. Bei fast allen Bezugsleistungen erhalten die Menschen im Osten weniger. Diese Zustände kann niemand von uns gutheißen. Sie zeigen deutlich, dass es in unserem Land unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen gibt, sind aber nicht dazu geeignet, instrumentalisiert zu werden.

(Lachen bei der Linkspartei.PDS)

Genau dies tun Sie aber: Zum einen streuen Sie den Menschen in Brandenburg Sand in die Augen, indem Sie suggerieren, dass es die Landesregierung, das Land Brandenburg oder der Landtag allein in der Hand hätten, gleichwertige Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Sie

wissen ganz genau, dass diese Rahmenbedingungen nur auf Bundesebene, nicht aber auf Landesebene geändert werden können. Zum anderen instrumentalisieren Sie die Lebensbedingungen der Brandenburger, um zu spalten, und zwar noch mehr, als es der Innenminister und der bayerische Ministerpräsident mit ihren Äußerungen taten.

Mir sagte in der letzten Woche eine Brandenburgerin, dass auch sie sich durch diese Äußerungen beschwert fühle. Aber es sei nun ein Umstand eingetreten, der seit der Wiedervereinigung einmalig sei und den sie sehr begrüße: Zum ersten Mal werde im Westen in der Presse und in der Öffentlichkeit, aber auch in privaten Gesprächen über die Verdienste der Menschen im Osten, über die Lebensbedingungen und die Errungenschaften im Osten sowie über die Umbrüche gesprochen, die überwunden werden mussten. Es ist schade, dass wir einen solchen Anlass brauchten. Aber wir müssen in der Tat mehr darüber reden, was wir geschaffen haben, und dürfen nicht darüber philosophieren, was sich alles noch nicht ergeben hat.

(Beifall bei der CDU)

Wichtig ist, dass wir die herausragenden Ergebnisse und Leistungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger anerkennen und darüber reden. Wir können selbstbewusst auf das Erreichte blicken. Wir haben auch eine Perspektive für die Zukunft. Darauf kommt es an, meine Damen und Herren, und nicht darauf, wieder Sozialneid zu schüren und neue Gräben auszuheben.

(Beifall bei der CDU)

Wir können nicht von der Hand weisen, dass es durchaus unterschiedliche Lebensbedingungen in Deutschland gibt und sich die soziale Lage in Deutschland in den letzten Jahren verschlimmert hat. Dies ist nun einmal die traurige Bilanz von Rot-Grün; ich muss es so sagen, auch wenn wir im Land eine große Koalition haben. Drei Zahlen reichen, um das Ausmaß zu beschreiben: Jeden Tag verlieren wir 1 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze - in Brandenburg sind es pro Tag 60 Arbeitsplätze, alle 15 Minuten geht ein Betrieb pleite und in jeder Stunde kommen 6 Millionen Euro neue Schulden hinzu. Diese Ergebnisse der Bundespolitik der letzten Jahre haben ganz konkrete Auswirkungen auf die Menschen. Fast 5 Millionen Menschen ohne Arbeit sind zuallererst 5 Millionen individuelle Schicksale. Davon sind aber nicht nur die Arbeitssuchenden selbst betroffen, sondern auch ihre Familien. Dies bedeutet zugleich weniger Einkommen für die Sozialkassen und weniger Steueraufkommen. 40 000 Firmenpleiten bedeuten weniger Ausbildungs- und Arbeitsplätze und 80 Milliarden Euro Schulden allein des Bundes bedeuten für uns und vor allen Dingen für die kommende Generation, dass der Spielraum für Investitionen in Bildung und Forschung, in Infrastruktur und vieles andere immer kleiner wird.

(Lunacek [CDU]: Völlig richtig!)

Sie haben über den Angleichungsprozess gesprochen und wissen selbst, wie schwer er war. Meines Erachtens erkennen Sie nicht an, was die Menschen geleistet haben. Sie schreien nach dem, was versprochen wurde, achten dabei aber nicht darauf, dass sich die Rahmenbedingungen eventuell verändert haben. Vielmehr suggerieren Sie den Menschen, dass der Staat ein-

fach nur an einer Stellschraube drehen müsse, damit es ihnen besser geht.

(Frau Dr. Enkelmann [Die Linkspartei.PDS]: Aber Sie haben den Menschen etwas versprochen, was Sie nicht gehalten haben!)

- Was leere Versprechungen anbelangt, muss ich nur einmal in Ihr Wahlprogramm schauen.

(Lunacek [CDU]: Völlig richtig!)

Dort werden viele leere Versprechungen in der weisen Voraussicht gemacht, dass Sie sowieso nicht an die Regierung kommen. Das halte ich für verantwortungslose Politik.

(Beifall bei der CDU sowie des Abgeordneten Schulze [SPD] - Schulze [SPD]: Krawallpolitik ist das!)

Gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland wünschen wir uns alle. Aber es ist zu kurz gesprungen, zu sagen, dazu brauche man nur eine Angleichung zwischen Ost und West. Es gibt auch ein Nord-Süd-Gefälle. Es gibt Regionen im Ruhrgebiet, denen es nicht besser geht als uns. Deswegen ist Ihre pauschale Forderung nach Angleichung oder sogar noch Aufstockung von ALG II etwas, was selbst dann, wenn es sich überhaupt realisieren ließe, nicht wirksam wäre. Wir müssen hier eine regionale Umstrukturierung erreichen. Es geht nicht um eine pauschale Ost-West-Angleichung.

(Beifall bei der CDU sowie des Abgeordneten Schulze [SPD])

Frau Enkelmann, Sie sprachen davon, dass Sie positiv in die Zukunft schauen. Dies lese ich zumindest in Ihrem Antragstext nicht. Ich kann nicht erkennen, dass Sie eine Politik des Gestaltens an den Tag legen. Meines Erachtens ist es eine destruktive Politik, die nur darauf gerichtet ist, den Menschen zu suggerieren, dass sie keine Zukunftsperspektive hätten - dies führen Sie wortwörtlich aus - und benachteiligt würden. Sie geben den Menschen nicht das Selbstvertrauen, das sie brauchen, um hier in Brandenburg auch glücklich leben zu können.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Frau Dr. Enkelmann [Die Linkspartei.PDS])

- Ich habe Ihnen sehr wohl zugehört. Aber Sie haben weder in klaren Worten gesagt noch zwischen den Zeilen erkennen lassen, dass Sie eine Perspektive für unser Land wollen und den Menschen zugestehen, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Hier müssen wir einen anderen Weg gehen. Wir sind dazu bereit. Wir haben viele Vorschläge auf den Tisch gelegt, die wir nach dem 18. September realisieren wollen. Sie werden zwar sagen, es seien nur leere Versprechungen, aber ich bin davon überzeugt, dass wir den richtigen Weg für Deutschland und auch für Brandenburg einschlagen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Für die DVU-Fraktion spricht die Abgeordnete Fechner.